

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
 Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen
 in der Bundesrepublik Deutschland

Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 36, 7. Oktober 2010

Frau liest, Mann guckt

Durchschnittlich 12 Euro gibt jeder Haushalt in Deutschland pro Monat für Bücher aus. Das sind gerade mal 5 Prozent des gesamten Budgets von 255 Euro, das 2008 monatlich für Unterhaltung, Kultur und Freizeitvergnügen aufgewandt wurde. Selbst Pflanzen und Gartenbedarf lassen sich die Deutschen mehr kosten als Literatur. Treue Fans haben die gedruckten Werke dennoch – jede zweite der mindestens zehnjährigen Leserinnen greift mehrmals die Woche zum Buch. Männer sind eher lesefaul – nicht einmal jeder dritte liest regelmäßiges Gedrucktes.

Leuchtende Augen bekommen die Herren eher bei digitalen Texten – etwa in Form von E-Books, die auch auf dem Handy flimmern. Die leidenschaftlichsten Leserratten sind wiederum jung und weiblich: Zwei Drittel der 12- bis 19-jährigen Mädchen schmökern mindestens einmal alle 14 Tage in einem Buch. Folglich machte der Umsatz mit Kinder- und Jugendbüchern zuletzt schon etwa ein Sechstel des gesamten Buchmarkts von 9,7 Milliarden Euro aus; fast jeder zehnte neu erschienene Titel wendet sich an die Youngster.

In dieser Woche

Arbeitskämpfe: Ein Blick in die Statistik der Arbeitskämpfe zeigt deutliche regionale Unterschiede. Vor allem in Sachsen und im Südwesten Deutschlands wird häufig gestreikt. Beide Regionen sind wirtschaftlich so stark, dass Arbeitsniederlegungen dort eine besonders große Wirkung erzielen. Seite 2

Arbeitsagentur: Obwohl sich die Arbeitsmarktlage deutlich verbessert hat, verharren die Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit auf hohem Niveau und ihre Beitragseinnahmen steigen nur langsam. In der Jahresbilanz droht deshalb ein zweistelliges Milliardendefizit. Seite 3

IW-Konjunkturprognose 2011: Nach der Krise häufen sich die guten Nachrichten aus der Wirtschaft – besonders für Deutschland: Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) steigt 2010 um gut 3 1/4 Prozent und wird im nächsten Jahr voraussichtlich noch rund 2 Prozent zulegen. Seite 4-5

Gesetzliche Krankenversicherung: Wenn die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung künftig rascher steigen als die beitragspflichtigen Einkommen der Versicherten, müssen die Kassen Zusatzprämien erheben. Die Prämienunterschiede sollen für einen stärkeren Wettbewerb zwischen den Kassen sorgen. Seite 6-7

Phosphate: Nicht nur Öl ist ein knapper Rohstoff. Besonders problematisch könnte die Versorgungslage bei den zurückgehenden Phosphatvorkommen werden. Die Entwicklung von entsprechenden Recyclingverfahren verspricht daher ein gutes Geschäft. Seite 8

Freizeitbudget: Schmalhans für Bücher

Durchschnittliche Monatsausgaben der Haushalte im Jahr 2008 für Freizeit, Unterhaltung und Kultur, in Euro

Insgesamt **255 Euro**



Davon: Freizeit- und Kulturdienstleistungen	67
Pauschalreisen	61
Zeitungen, Zeitschriften	24
Blumen, Gärten	16
Haustiere	13
Datenverarbeitungsgeräte und Software	12
Bücher	12
Sonstige langlebige Gebrauchsgüter und Ausrüstung für Kultur, Sport, Camping etc.	10
TV- und Videogeräte, TV-Antennen	9
Spielwaren, Hobbys	9
Bild-, Daten- und Tonträger (einschließlich Downloads)	7
Sonstige Verbrauchsgüter	6
Foto-, Filmausrüstungen, optische Geräte	4
Rundfunkempfangsgeräte etc.	3
Reparaturen für Freizeit, Unterhaltung, Kultur	2


Lesefaule Jungs

So häufig lesen so viel Prozent der 12- bis 19-jährigen Bücher

	Täglich/ mehrmals pro Woche	Einmal pro Woche bzw. 14 Tage	Nie
Insgesamt	40	17	17
Mädchen	52	17	11
Jungen	29	17	24
Haupt- schüler	20	16	37
Real- schüler	35	19	20
Gymnasi- asten	52	16	7

Stand: 2009; Rest zu 100: einmal monatlich oder seltener; Quelle: JIM-Studie 2009

Quelle: Destatis

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Arbeitskämpfe Von Piloten und Protesten

Ein Blick in die Statistik der Arbeitskämpfe in Deutschland zeigt deutliche regionale Unterschiede. Vor allem in Sachsen und im Südwesten Deutschlands wird häufiger gestreikt als anderswo. Beide Regionen sind wirtschaftlich so stark, dass Arbeitsniederlegungen dort eine besonders große Wirkung erzielen.

Obwohl die jährliche Arbeitskämpfstatistik der Bundesagentur für Arbeit auch nach Regionen differenziert, richtet sich die öffentliche Aufmerksamkeit fast ausschließlich auf internationale und sektorale Vergleiche. Das ist schade, denn die geografische Streikkarte von Deutschland hält so manche Überraschung parat.

Das fängt schon mit der regionalen Aufteilung an: Weil einige Bundesländer nun mal besonders klein sind, wirft die Streikstatistik alles Ost-West-Denken über Bord und fasst etwa Hamburg mit Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern zu einer Region zusammen.

Die Daten für die Jahre 2001 bis 2009 zeigen, wie stark die einzelnen Regionen vom bundesdeutschen Durchschnitt abweichen (Grafik):

Während in Deutschland insgesamt durchschnittlich fünf Arbeitstage je 1.000 Arbeitnehmer und Jahr durch Streiks und Aussperrungen verloren gingen, waren es in Sachsen, Baden-Württemberg sowie in der Region Rheinland-Pfalz / Saarland mit neun bis elf Tagen etwa doppelt so viele.

Der Norden hingegen kam auf nur einen einzigen Ausfalltag, in Bayern waren es lediglich zwei.

Schaut man sich dagegen die Streikstatistik der neunziger Jahre an, ergibt sich für einige Regionen ein ganz anderes Bild. Auch damals fielen im Bundesdurchschnitt jedes Jahr fünf Arbeitstage Streiks zum Opfer.

Doch der Norden mit Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern – in den 2000er Jahren mit einem einzigen Streiktag brav wie ein Lamm – hatte mit zwölf Streiktagen den zweithöchsten Wert hinter Sachsen, wo die Arbeitnehmer gleich 16 Tage auf die Barrikaden gingen.

Die nächste Überraschung ist die, dass die Zahl der Streiktage eigentlich gar nichts mit dem geografischen Osten, Westen, Norden und Süden zu tun hat – sondern vielmehr mit der Art und Weise, wie Gewerkschaften und Arbeitgeber ihre Tarifverträge aushandeln.

In vielen Branchen, wie der Metall- und Elektro-Industrie, haben sich die Tarifpartner darauf geeinigt, die Verhandlungen auf eine bestimmte Region zu beschränken und diesen (Pilot-)Abschluss dann auch in anderen Regionen zu übernehmen. Wenn also in Baden-Württemberg

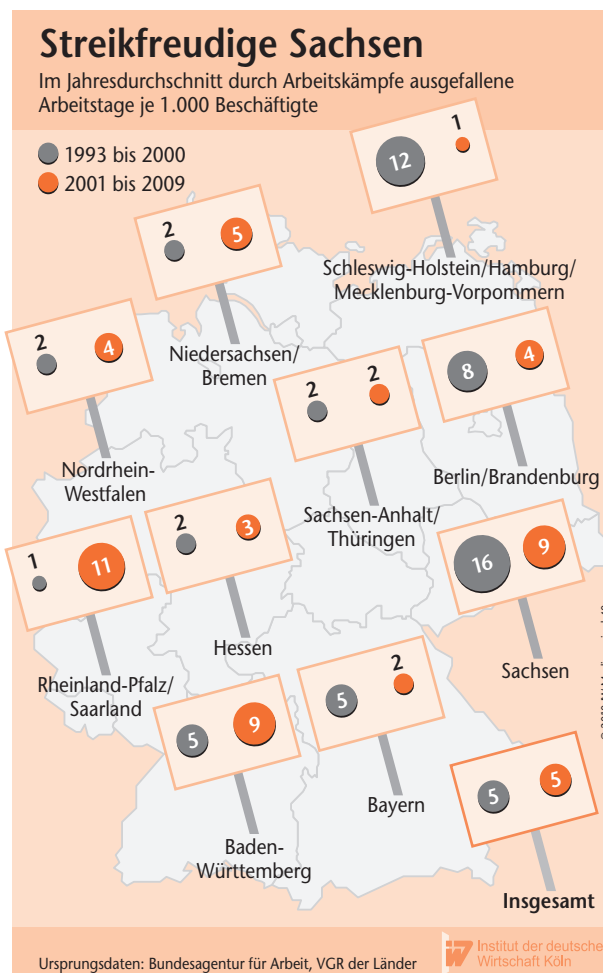
relativ viele Arbeitstage ausfallen, dann deshalb, weil das Musterlände ein solcher Pilotbezirk ist. Denn kommt zwischen den Tarifpartnern, etwa der M+E-Industrie, keine Einigung zustande, wird im Pilotbezirk gestreikt, nicht anderswo.

Weil in der Bundesrepublik vergleichsweise wenige Arbeitstage durch Streiks ausfallen, sind Großkonflikte umso prägender – in den neunziger Jahren vor allem in Ostdeutschland.

Im Jahr 1993 zum Beispiel kam es zu einem zweiwöchigen Streik in der M+E-Industrie. Damals hatten die Arbeitgeber einen Tarifvertrag gekündigt, der die Ost-Entgelte an das Westniveau angleichen sollte. Daraufhin rief die IG Metall vor allem in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin-Brandenburg zum Ausstand auf.

Für die vergangene Dekade waren ebenfalls größere Tarifaueinandersetzungen kennzeichnend. So gab es 2006 im öffentlichen Dienst einen rund drei Monate dauernden Streik. Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di protestierte unter anderem gegen eine von der Tarifgemeinschaft deutscher Länder geforderte Verlängerung der Wochenarbeitszeit. Die Aktionen der Gewerkschaft konzentrierten sich vorrangig auf den Südwesten und auf Niedersachsen-Bremen.

Dass Sachsen auch in den 2000er Jahren einen Spitzenplatz in der Streikstatistik belegt, hängt mit einem mehrwöchigen Arbeitskampf im Jahr 2003 zusammen. Ziel war damals die Einführung der 35-Stunden-Woche in der ostdeutschen M+E-Industrie. Sachsen bot sich als Austragungsort für den Arbeitskampf an, weil der Freistaat die wirtschaftlich stärkste Metallregion Ostdeutschlands ist. Letzten Endes musste die IG Metall den Streik aber ergebnislos beenden, weil die Gewerkschaft zu schwach organisiert war.



Arbeitsagentur muss sparen

Die Finanzen der Bundesagentur für Arbeit bleiben angespannt: Obwohl sich die Arbeitsmarktlage deutlich verbessert hat, verharren die Ausgaben auf hohem Niveau, und die Beitragseinnahmen steigen nur langsam. In der Jahresbilanz droht deshalb ein zweistelliges Milliardendefizit.

Eigentlich stehen die Zeichen auf dem Arbeitsmarkt auf Entspannung: Im Durchschnitt der ersten acht Monate dieses Jahres lag die Zahl der Arbeitslosen mit 3,38 Millionen um 126.000 niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg im ersten Halbjahr um rund 80.000 gegenüber dem Vorjahr. Beste Voraussetzungen also, dass der Haushalt der Bundesagentur für Arbeit (BA) nach dem Vorjahresdefizit von 13,8 Milliarden Euro wieder ins Lot kommen könnte.

Doch die Finanzen der BA erholen sich nur zögerlich: Von Januar bis August lagen ihre Beitragseinnahmen lediglich um 240 Millionen Euro über dem Vorjahresniveau – ein Plus von mageren 1,7 Prozent. Optimistisch stimmt bei diesen Zahlen nur, dass die Beiträge im ersten Quartal 2010 noch unter dem Vorjahreswert lagen, im zweiten Quartal aber deutlich zulegten – im August wurden schon 3,4 Prozent mehr eingenommen als zwölf Monate zuvor.

Doch anders als bei sinkenden Arbeitslosenzahlen zu erwarten wäre, bleiben die Ausgaben der BA auf hohem Niveau. Die Kosten für die aktive Arbeitsmarktpolitik wie Weiterbildung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Existenzgründungszuschüsse haben sich sogar noch erhöht – und das, obwohl die Ausgaben für die konjunkturell bedingte Kurzarbeit zurückgegangen sind.

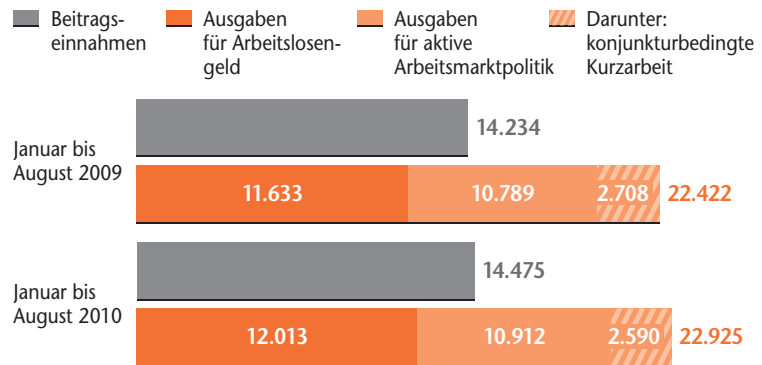
Im Ergebnis rechnet die BA für das laufende Jahr mit einem Minus von 11,3 Milliarden Euro. Nur 2,9 Milliarden Euro davon wird sie aus Rücklagen begleichen können; die übrigen 8,4 Milliarden wird der Bund, also die Gemeinschaft der Steuerzahler, zuschießen müssen.



Der Arbeitsmarkt

Arbeitsagentur: Kritische Finanzlage

in Millionen Euro

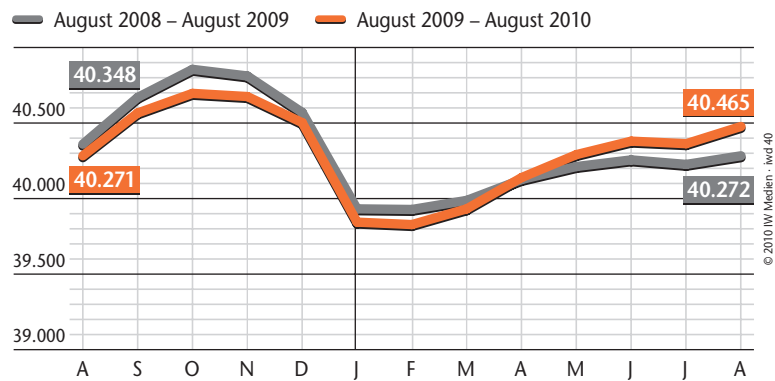


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Beschäftigung

Erwerbstätige in Deutschland in 1.000

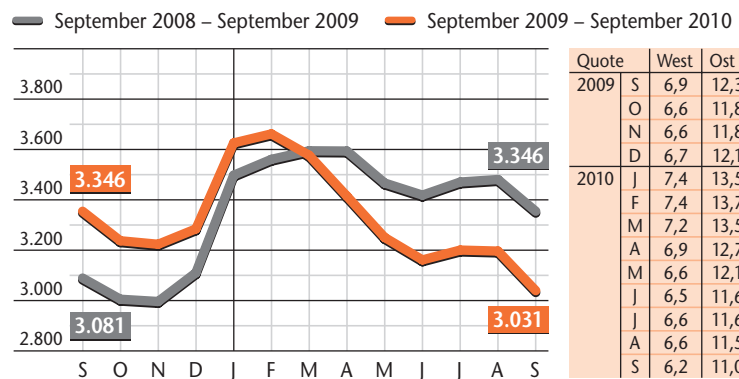


Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Arbeitslosigkeit

Arbeitslose in Deutschland in 1.000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Quote	West	Ost	
2009	S	6,9	12,3
	O	6,6	11,8
	N	6,6	11,8
	D	6,7	12,1
2010	J	7,4	13,5
	F	7,4	13,7
	M	7,2	13,5
	A	6,9	12,7
	M	6,6	12,1
	J	6,5	11,6
	J	6,6	11,6
	A	6,6	11,5
	S	6,2	11,0

IW-Konjunkturprognose 2011

Alles wird besser

Kaum sind die gravierendsten Exzesse der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise gebändigt, häufen sich die guten Nachrichten aus der Wirtschaft. Für Deutschland gilt das sogar mehr als für die meisten anderen Industrieländer, so der aktuelle Befund des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW). Das Wirtschaftswachstum wird sich im kommenden Jahr sogar fortsetzen, wenn auch mit leicht gedrosseltem Tempo.*)

Im Grunde kann man sich nur die Augen reiben: Während noch vor einem Jahr die deutsche Konjunktur als rekonvaleszenter Patient galt, muss man – um im Bild zu bleiben – heute feststellen, dass die heimische Wirtschaft erstaunlich schnell wieder genesen ist und sogar kräftige Sprünge macht. Die Einschätzung des IW Köln (Tableau):

Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) steigt in diesem Jahr um gut 3¼ Prozent. Im nächsten Jahr wird sich

das Wachstumstempo dann etwas abschwächen – die Wirtschaftsleistung wird voraussichtlich noch rund 2 Prozent zulegen.

Für die rasche Genesung gibt es mehrere Gründe. Angetrieben wurde die Erholung zunächst durch den Export. Vor allem die aufstrebenden Volkswirtschaften fragten in der ersten Jahreshälfte 2010 verstärkt deutsche Waren nach (Grafik) – denn in China, Brasilien und den südostasiatischen Schwellenländern er-

holten sich die Investitionen schneller als in den Industrieländern, wo die Weltwirtschaftskrise zu stärkeren Einbrüchen geführt hatte.

Gleichzeitig gewinnt jedoch auch die deutsche Binnennachfrage wieder an Bedeutung. Sowohl die Investitionen der Unternehmen als auch der private Konsum liefern Impulse, die sich im kommenden Jahr bei einer weiteren Verstärkung der Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung noch verstärken dürften.

Der Wirtschaftsaufschwung wird also zunehmend nicht mehr nur von der ausländischen Nachfrage getrieben, sondern immer mehr von der inländischen, die sukzessive die Führung übernehmen wird. Dazu im Detail:

Außenhandel

Die anziehende Weltkonjunktur hat auch das deutsche Exportgeschäft kräftig belebt. Aktuell liegen die Warenausfuhren Deutschlands nur noch

ganz knapp unter ihrer Höchstmarke vom Sommer 2008. Ähnlich sieht es bei den Einfuhren aus, die ebenfalls wieder das Rekordniveau des vergangenen Aufschwungs erreicht haben (Grafik). Konkret bedeutet das:

Die deutschen Exporte werden dieses Jahr um 16¼ Prozent steigen, die Importe um 15½ Prozent. Im kommenden Jahr dürften die Waren- und Dienstleistungsausfuhren immerhin noch um 8 Prozent und die Importe um gut 7 Prozent zulegen.

Damit wird der Außenbeitrag in den Jahren 2010 und 2011 jeweils rund zwei Fünftel zum Wirtschaftswachstum beisteuern.

Investitionen

Im Frühjahr hatte noch niemand damit gerechnet, jetzt ist sie voll in Fahrt: die Investitionstätigkeit. Obwohl die heimische Industrie ihre Produktionskapazitäten noch nicht wieder voll auslasten kann, investiert sie schon in neue Maschinen und Produktionsanlagen. Zum Ersten tun die Unternehmen dies, um technisch auf dem neuesten Stand zu bleiben; zum Zweiten, weil sich die Abschreibungsbedingungen zu Beginn des kommenden Jahres verschlechtern werden; und zum Dritten, weil die Finanzierungskosten für Investitionen derzeit günstig sind. Die Größenordnungen sehen so aus:

Dieses Jahr wachsen die realen Ausrustungsinvestitionen gegenüber dem Vorjahr um 8¼ Prozent. Im Jahr 2011 dürften sie – auch wegen der veränderten Abschreibungsmodalitäten – nur um 6½ Prozent zulegen.

Nicht ganz so günstig fällt die Prognose für die Bauinvestitionen aus. Zwar ist auch hier eine flächendeckende Erholung zu beobachten, die unter anderem durch günstige Bauzinsen im Wohnungsbau sowie die staatlichen Konjunkturprogramme genährt wird. Doch das Tempo wird sich

*) Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW-Forschungsgruppe Konjunktur): Inlandsnachfrage übernimmt die Konjunkturführung, IW-Konjunkturprognose Herbst 2010, in: IW-Trends 3/2010.

IW-Prognose für 2011

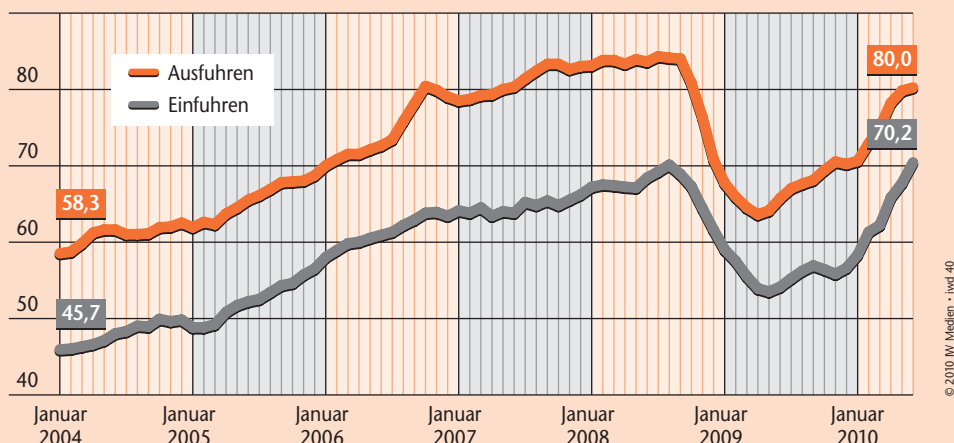
Deutschland, Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

	2009	2010	2011
Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Erwerbstätigkeit	0,0	1/4	1/2
Arbeitslosenquote	8,2	7 1/2	7
Arbeitsvolumen	-2,6	1 1/2	3/4
Produktivität	-2,2	1 3/4	1 1/4
Bruttoinlandsprodukt	-4,7	3 1/4	2
Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Private Konsumausgaben	-0,2	0	1
Konsumausgaben des Staates	2,9	2 1/4	1/4
Anlageinvestitionen	-10,1	4 3/4	3
– Ausrüstungen	-22,6	8 1/4	6 1/2
– Sonstige Anlagen	5,6	5	5
– Bauten	-1,5	2 1/2	1/4
Inlandsnachfrage	-1,9	2 1/4	1 1/4
Export	-14,3	16 3/4	8
Import	-9,4	15 1/2	7
Bruttoinlandsprodukt	-4,7	3 1/4	2
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	0,4	1	1 1/4
Staatshaushalt			
Finanzierungssaldo	-3,0	-4	-3

Arbeitslosenquote: registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen; Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde; Finanzierungssaldo: in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts; Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Herbstprognose Oktober 2010

Deutscher Außenhandel: Wieder in Schwung

Saisonbereinigt, gleitender Drei-Monats-Durchschnitt, in Milliarden Euro



Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

wohl verlangsamten: Während für 2010 bei den Bauinvestitionen noch ein Plus von knapp 2½ Prozent zu erwarten ist, wird die Bautätigkeit im kommenden Jahr mehr oder weniger auf der Stelle treten.

Arbeitsmarkt

Hier gibt es eine gute und eine schlechte Nachricht: Obwohl die Produktion in diesem Jahr kräftig wächst, nimmt die Erwerbstätigkeit mit ¼ Prozent vergleichsweise wenig zu. Das liegt daran, dass viele Unternehmen in der Wirtschaftskrise größtenteils ihren Mitarbeiterstamm hielten, auf Kurzarbeit setzten und nun, bei anziehender Konjunktur, das Arbeitsvolumen der Belegschaft wieder ausweiten. Neue Mitarbeiter werden deshalb so schnell nicht gebraucht – der Zuwachs an Erwerbstätigen beträgt von daher 2010 überschaubare 80.000.

Die gute Nachricht lautet: Die Arbeitslosigkeit sinkt trotzdem vergleichsweise stark.

In diesem Jahr verringert sich die Zahl der Erwerbslosen um 170.000 – und auch im nächsten Jahr wird sich der kräftige Rückgang fortsetzen, sodass im Jahresdurchschnitt nur noch um die 3 Millionen Menschen arbeitslos sein werden.

Ursache für dieses Phänomen – starker Rückgang der Arbeitslosigkeit bei nur geringem Zuwachs der Erwerbstätigkeit – ist, dass sich das Arbeitskräfteangebot aus demografischen Gründen zunehmend verknappert.

Weil die Arbeitszeiten der Beschäftigten im kommenden Jahr aber nicht mehr viel weiter ausgedehnt werden können, wird sich der Arbeitsplatzaufbau trotz sich abschwächendem BIP-Wachstum leicht beschleunigen.

Privater Konsum

In diesem Jahr geben die Bürger im Schnitt wieder genauso viel Geld aus wie im vergangenen – und das, obwohl es keine staatlichen Impulse wie die Abwrackprämie gibt. In erster Linie liegt das am Arbeitsmarkt: Wer Arbeit hat, kann großzügiger disponieren als jemand, der arbeitslos ist oder fürchtet, es zu werden.

Zudem ist das Konsumklima stabil, weil die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in diesem Jahr aufgrund einiger Gesetzesänderungen gestiegen sind: So gibt es seit Januar mehr Kindergeld, die Einkommenssteuer wurde gesenkt und die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung können besser steuerlich abgesetzt werden.

Obwohl die Einkommen im kommenden Jahr aufgrund einzelner Transferkürzungen und höherer Sozialabgaben sinken werden, dürften die Konsumausgaben um 1 Prozent steigen. Für die Konsumenten ist die Krise somit überstanden.

Staatsfinanzen

In diesem Jahr erhöht sich das Haushaltsdefizit auf 4 Prozent des BIP. Ursprünglich war mit einem größeren Minus gerechnet worden, doch die überraschend gute Konjunktur hat Schlimmeres verhindert. Im kommenden Jahr wird sich die Situation der öffentlichen Haushalte weiter verbessern: Die Einnahmen nehmen voraussichtlich um 30 Milliarden Euro zu, das Wachstum der Ausgaben bleibt mit rund 7 Milliarden Euro vergleichsweise moderat. Das staatliche Defizit wird dann 3 Prozent des BIP betragen – und damit die Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts wieder erfüllen.

Deutscher Export: Schwellenländer auf Einkaufstour

Veränderung der deutschen Warenausfuhren im Zeitraum Januar bis Juli 2010 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum, in Prozent

● Anteil am deutschen Warenexport im Jahr 2009 in Prozent

China	52,1	4,5
Brasilien	50,7	0,9
Südostasiatische Schwellenländer	38,7	3,5
Japan	22,2	1,3
Russland	20,5	2,5
USA	15,7	6,7
EU-Länder, die nicht zum Euroraum gehören	14,0	20,0
Vereinigtes Königreich	11,7	6,6
Euro-Länder	11,3	43,3
Insgesamt	18,3	

Brasilien: Januar bis Mai 2010
Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Buchmessen allerorten



Auf der Frankfurter Buchmesse werden in diesem Jahr rund 7.000 Aussteller aus mehr als 100 Ländern ihre Neuerscheinungen und ihr Verlagsprogramm vorstellen, zu Lesungen einladen und eine Menge Publikum anlocken. Vom 6. bis 10. Oktober dürften wieder rund 300.000 Fachbesucher und Buchfans in den Frankfurter Messehallen nach Neuheiten jagen.

Doch auch andernorts kommen Bücherwürmer und Leseratten regelmäßig zusammen – vor allem in den Wachstumsnationen China und Indien. Die größte Buchmesse Indiens, die New Delhi Book Fair, zieht alle zwei Jahre mehr als 1 Million Besucher in ihren Bann. Und auf Chinas größtem Lesertreffen, der Beijing International Book Fair, hat sich die Zahl der Aussteller von 800 im Jahr 1999 auf mehr als 1.700 im vergangenen Jahr verdoppelt.

Die rasant wachsende Nachfrage in Ländern wie China bietet deutschen Verlagen die Chance, sich auch auf dem asiatischen Markt zu etablieren. Im Jahr 2008 lag der Gesamtumsatz der chinesischen Buchbranche bereits bei 6,5 Milliarden Euro – in Deutschland waren es zuletzt 9,7 Milliarden Euro. Weil der Lesehunger im Reich der Mitte so groß ist, kaufen chinesische Verlagshäuser Lizenzen von deutschen Büchern, um sie auf dem heimischen Markt anzubieten. So konnten deutsche Verlage im Jahr 2008 bereits rund 600 Titel nach China verkaufen.

Im vergangenen Jahr war China Gastland der Frankfurter Buchmesse, in diesem Jahr richtet sich das Augenmerk auf Lateinamerika. Gastland – oder Ehrengast, wie es offiziell heißt – ist Argentinien, ebenfalls ein lesebegeistertes Land, das im Jahr 2008 mit gut 20.000 Neuerscheinungen aufwarten konnte. Die jährlich im April stattfindende Buchmesse Feria del Libro Internacional de Buenos Aires dauert gut drei Wochen und lockt an 18 Publikumstagen mehr als 1 Million Besucher an.

Auch in Brasilien kamen die Leseratten in diesem Jahr wieder auf ihre Kosten – die Buchbiennale in der Metropole Sao Paulo, die Bienal Internacional do Livro de Sao Paulo, ist das größte Medien- und Kulturereignis des Landes. Sie findet im jährlichen Wechsel mit der Buchbiennale in Rio de Janeiro statt und zählt rund 700.000 Besucher.

Gesetzliche Krankenversicherung Schnelle Heilung nicht in Sicht

Wenn die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung künftig rascher wachsen als die beitragspflichtigen Einkommen der Versicherten, müssen die Kassen Zusatzprämien von ihren Mitgliedern erheben – so sieht es die Gesundheitsreform vor. Die Prämienunterschiede sorgen dann – so das Kalkül des Gesundheitsministers – für einen stärkeren Wettbewerb zwischen den Kassen. Zum 1. Januar 2011 haben AOK, Barmer und die anderen durch die Anhebung des allgemeinen Beitragssatzes auf 15,5 Prozent aber erst einmal höhere Einnahmen.

Auf den ersten Blick steht es um die Kassenlage der Kassen gar nicht so schlecht: Im ersten Halbjahr 2010 erwirtschaftete die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) einen Überschuss von 112 Millionen Euro. Diesen verdankt sie allerdings einem Steuerzuschuss von 7,8 Milliarden Euro.

Für das gesamte Jahr 2010 rechnet der Schätzerkreis im Bundesgesundheitsministerium jedoch trotz Bundeshilfe mit einem Defizit von mehr als 2 Milliarden Euro. Dieses Finanzloch müssen die Kassen in diesem Jahr noch aus eigenen Rücklagen oder über zusätzliche Beiträge der Versicherten stopfen.

Für das kommende Jahr kalkuliert das Gesundheitsministerium ohne Reform bislang sogar mit einem Defizit von bis zu 10 Milliarden Euro. Um die gesetzlichen Kassen nicht selbst zum Patienten werden zu lassen, will Gesundheitsminister Rösler sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmenseite für Besserung sorgen:

Kostendämpfung. Zum einen soll der erwartete Anstieg der Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung im nächsten Jahr um 3,5 Milliarden Euro gebremst werden. Der Rotstift wird vor allem bei den patentgeschützten Arzneimitteln angesetzt. Hier greift zum einen ein Preismoratorium, zum anderen müssen die Pharmaunternehmen den Kassen höhere Zwangsrabatte einräumen.

Solche und andere Maßnahmen sind jedoch schon in der Vergangenheit weitgehend wirkungslos verpufft (Grafik):

Trotz zahlreicher Deckelungen und Kürzungen sind die GKV-Ausgaben je Versicherten seit 1991 beinahe doppelt so stark gestiegen wie die beitragspflichtigen Einkommen.

Finanzreform. Weil das voraussichtliche Defizit mit Kostendämpfung allein kaum in Schach gehalten werden kann, will die schwarz-gelbe Koalition auch auf der Einnahmenseite nachbessern:

Kassenbeiträge: Wettbewerb ausgeknipst

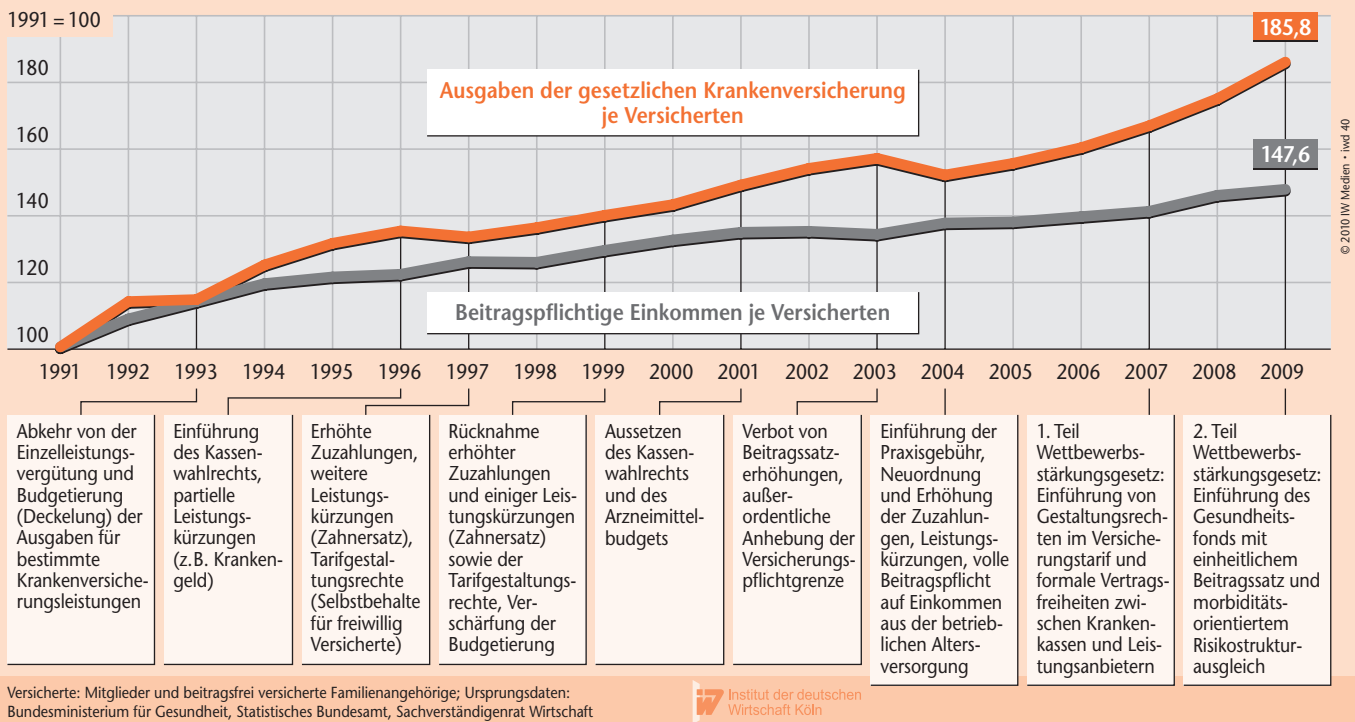
Im Januar 2009 wurde mit der Einführung des Gesundheitsfonds der Beitragssatz für alle Kassen auf einheitlich 15,5 Prozent festgesetzt.

Beitragssätze der gesetzlichen Krankenkassen in Prozent

	Teuerste Krankenkasse	Günstigste Krankenkasse	Durchschnitt
2002	15,3	11,2	14,0
2003	15,7	11,8	14,3
2004	15,7	12,2	14,2
2005	15,7	12,7	14,2
2006	14,6	11,8	14,2
2007	15,8	11,8	14,8
2008	16,0	11,8	14,9
2009 1. Halbjahr			15,5
2009 2. Halbjahr			14,9
2010			14,9
2011			15,5

Stand: jeweils Jahresanfang, 2011 vorläufig; gesetzliche Krankenkassen: regional beschränkte und bundesweit geöffnete Anbieter, ohne geschlossene Betriebskrankenkassen; Beitragssatz: für abhängig Beschäftigte mit Entgeltfortzahlungsanspruch für sechs Wochen; seit Juli 2005 einschließlich Arbeitnehmersonderbeitrag von 0,9 Prozent des beitragspflichtigen Einkommens
 Ursprungsdaten: Bundesministerium für Gesundheit, Krankenkassenverbände

Gesetzliche Krankenversicherung: Ausgaben ziehen davon



Versicherte: Mitglieder und beitragsfrei versicherte Familienangehörige; Ursprungsdaten: Bundesministerium für Gesundheit, Statistisches Bundesamt, Sachverständigenrat Wirtschaft

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

- Ab Januar 2011 steigt der Beitragssatz von 14,9 auf 15,5 Prozent. Diese Erhöhung teilen sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Das soll jedoch das letzte Mal sein, dass die Unternehmen höhere Beitragssätze entrichten müssen. Denn der Arbeitgeberanteil wird – um Arbeit nicht zu verteuern – per Gesetz dauerhaft auf 7,3 Prozent festgeschrieben. Bisher zahlen die Arbeitgeber einen Kassenbeitrag von 7 Prozent und die Arbeitnehmer einen von 7,9 Prozent.
- Steigen die GKV-Ausgaben schneller als die Löhne und damit die Beitragseinnahmen des Gesundheitsfonds, muss jede einzelne Kasse Zusatzprämien erheben. Diese werden unabhängig vom Einkommen in Euro und Cent festgesetzt und allein vom Beitragszahler eingefordert.
- Auch wenn die Prämie theoretisch unbegrenzt steigen kann, schützt die GKV-Mitglieder ein sozialer Ausgleich. Denn sobald der Obolus mehr als 2 Prozent des beitragspflichtigen Einkommens ausmacht, zahlen die Mitglieder einen entsprechend niedrigeren Arbeitnehmerbeitrag. Die Einnahmelücke, die so aufgrund der verringerten Beitragszahlungen im Gesundheitsfonds entsteht, wird mit Steuermitteln geschlossen.

Die Prämie soll den Wettbewerb zwischen den Kassen wieder stärken. Denn

2009 wurde der Beitragssatz vereinheitlicht – bis dato konnten die Beitragszahler viel Geld sparen, wenn sie einer teuren Kasse den Rücken kehrten und zu einer preiswerteren wechselten (Tabelle):

Zwischen den günstigsten und teuersten Anbietern lagen im Jahr 2008 mehr als 4 Prozentpunkte.

Künftig können die Kassen jedoch mit vergleichsweise niedrigen Prämien glänzen, wenn sie günstige Preise mit Anbietern von Gesundheitsleistungen aushandeln – Ärzten, Spitälern, Apotheken. Kassen, die weiter machen wie bisher, dürften von den kostenbewussten Mitgliedern abgestraft werden, die zu günstigeren Anbietern wechseln. Dieser Wettbewerb könnte den Ausgabenanstieg bremsen.

Damit aber überhaupt mehr Wettbewerb entsteht, müssen zwei Bedingungen erfüllt sein:

1. Vertragsfreiheit. Erst wenn die Kassen in der Lage sind, zum Beispiel mit einzelnen Arztnetzwerken oder konkurrierenden Verbänden Verträge abzuschließen, werden sich auch Haus- und Fachärzte oder Kliniken finden, die einzelne Leistungen oder komplexe Behandlungen billiger anbieten als bisher.

2. Spürbare Prämienunterschiede. Die GKV-Reform startet mit einer Beitragssatzerhöhung. Das verschafft den Kassen

finanziell Luft und senkt zunächst den Wettbewerbsdruck. Bis Prämien flächendeckend erhoben werden und dann auch noch zu spürbaren Preisunterschieden führen, vergeht viel Zeit. Da wäre es sinnvoller, den heutigen Beitragssatz zu halten und direkt mit Zusatzprämien zu starten.

Die neue Prämie hat einen weiteren Konstruktionsfehler: Der Sozialausgleich gilt auch für Personen, die zwar ein geringes Arbeitseinkommen haben, aber ansonsten gut situiert sind:

Beispiel 1: Eine Teilzeitkraft, die wenig verdient, gilt als unterstützungswürdig, selbst wenn sie mit einem Partner zusammenlebt, der ein hohes Einkommen hat.

Beispiel 2: Zinserträge und andere Nicht-Arbeitseinkommen bleiben bei der Berechnung des Sozialausgleichs außen vor. Wer neben dem Teilzeitjob zusätzlich Mieteinnahmen erzielt, kann so trotzdem auf eine Beitragsreduktion hoffen.

Solche unerwünschten Verteilungseffekte lassen sich letztlich nur durch ein Modell vermeiden, wie es das Institut der deutschen Wirtschaft Köln vorgestellt hat. Danach zahlt jeder erwachsene Versicherte den gleichen Beitrag – und nur wirklich Bedürftige bekommen einen Zuschuss (vgl. iwd Nr. 26/2010, Seite 4-5).

Phosphate

Rar und begehrt

Über schwindende Ölreserven redet die ganze Welt, aber andere Rohstoffe sind bedeutend knapper. Besonders problematisch könnte die Versorgungslage bei den zurückgehenden Phosphatvorkommen werden. Denn als Grundlage für Kunstdünger sind Phosphate nicht zu ersetzen. Die Entwicklung von entsprechenden Recyclingverfahren verspricht daher ein gutes Geschäft.

Im Jahr 1798 versetzte der britische Ökonom Robert Malthus die Welt mit seiner Beobachtung in Aufruhr, dass einerseits die Bevölkerungszahl explodiert, andererseits aber die Nahrungsmittelproduktion kaum hinterherkommt. Daraus schloss Malthus, es sei notwendig, Hunger und Krankheit freien Lauf zu lassen, um das Bevölkerungswachstum zu bremsen.

Dass Malthus' finstere Vision nicht eingetreten ist, liegt vor allem an der Erfindung des Haber-Bosch-Verfahrens im Jahr 1906. Mit diesem Verfahren kann Kunstdünger produziert werden – und in der Folge eine wesentlich größere Menge an Nahrungsmitteln.

Der wichtigste Rohstoff für die Herstellung von Kunstdünger sind Phosphate, die heute in großem Umfang in mineralischer Form abgebaut werden. Das Problem: Für den darin enthaltenen Phosphor gibt es keinen Ersatzstoff, und die nutzbaren Phosphatreserven gehen langsam aber sicher zur Neige – während

die Weltbevölkerung wächst und wächst und wächst.

Knapp 160 Millionen Tonnen Phosphate werden heute weltweit abgebaut. Bei konstantem Verbrauch würde diese Menge zwar noch für 100 Jahre reichen. Aber der durch den Phosphatabbau gewonnene Dünger könnte schon in zwanzig Jahren zur Mangelware werden. Dafür verantwortlich sind vier Faktoren:

Qualität. Insbesondere die Belastung mit Schwermetallen wie Cadmium und Uran nimmt zu. Dadurch sinkt die Qualität des geförderten Phosphats, und seine Verarbeitung wird teurer.

Nachfrage. Da der Nahrungsbedarf steigt, erhöht sich auch die Nachfrage nach Phosphaten. Derzeit gehen 80 Prozent der geförderten Menge in die Produktion von Düngemitteln. Aber auch die Zahl der industriellen Anwendungen wächst, etwa in der Batterieproduktion.

Kapazität. Im Januar 2007 überstieg die Nachfrage nach Phosphaten erstmals das Angebot. Die Preise erhöhten sich daher bis Ende 2008 um 600 Prozent. Zwar wurde in neue Minen investiert, und die Preise fielen. Inzwischen sind sie aber wieder fast doppelt so hoch wie Ende 2008.

Konzentration. Phosphate kommen nur in wenigen Regionen vor (Grafik):

Gut drei Viertel der weltweiten Förderung von Phosphaten verteilen sich auf fünf Länder: China, USA, Marokko, Russland und Tunesien.

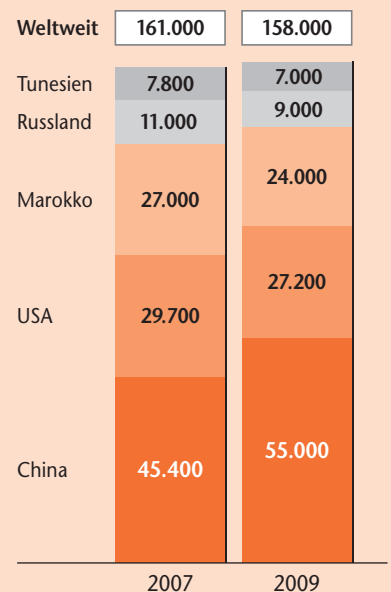
Rund 80 Prozent der noch verfügbaren Reserven liegen in Marokko, China, Jordanien und Südafrika.

Europa dagegen muss über 90 Prozent der benötigten Phosphate importieren. Denn die hohe Bevölkerungsdichte erfordert eine intensive Landwirtschaft – und damit große Mengen an Düngemitteln. Daher wird die Entwicklung von Verfahren zum Phosphorrecycling immer wichtiger, gerade dort, wo es gar keine Phosphatvorkommen gibt.

Phosphate: Die wichtigsten Produzenten

Phosphate werden aus Mineralen wie Apatit gewonnen und überwiegend als Dünger, Lebensmittelzusatzstoff und Korrosionsschutzmittel verwendet.

Abbau in 1.000 Tonnen



2009: Schätzung; Quelle: United States Geological Service Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Tatsächlich kommt der wertvolle Rohstoff auch hierzulande in hohen Konzentrationen vor – nämlich im Abwasser:

Mensch und Tier scheiden große Mengen Phosphor aus. Mit modernen Technologien lassen sich bis zu 90 Prozent des in Klärschlämmen enthaltenen Stoffes zurückgewinnen.

Auch in Regionen mit intensiver Tierhaltung könnten solche Verfahren angewendet werden, denn hier gibt es in Form von Gülle einen regelrechten Phosphorüberschuss. Diese Form des „Urban Mining“ verspricht also beste Marktchancen – und kann dazu beitragen, dass Malthus' düstere Vision nicht doch noch Wirklichkeit wird.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Für Adressaufkleber